

# Esslinger Zeitung

ESSLINGER KREISZEITUNG · PLOCHINGER ZEITUNG

155. Jahrgang | Nr. 153 | Woche 27 | ZKZ 2716

Mittwoch, 6. Juli 2022

www.esslinger-zeitung.de | 2,10 €



## ► Sport

Matarazzo positiv getestet:  
VfB trainiert ohne Chef  
Seite 23

## ► Politik

Ukrainischer Botschafter  
Melnik vor Karrieresprung?  
Seite 3

## ► Wirtschaft

Zulassungszahlen für Autos  
gehen zurück  
Seite 10

## ► Kultur

Umfangreiches Programm  
beim About-Pop-Festival  
Seite 13

## Studie beziffert Betreuermangel an Grundschulen

Für den Ausbau der Betreuung an Grundschulen fehlen Baden-Württemberg nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung bis 2030 zwischen 6000 und 12.400 Betreuer. Verbände und Gewerkschaften im Land reagierten mit der Forderung nach einer Fachkräfteoffensive auf die Untersuchung. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) verwies darauf, dass an den Pädagogischen Hochschulen bereits neue Studienplätze aufgebaut wurden, sieht die Personallücke aber vor allem in der demografischen Entwicklung begründet: „Wo ich hinkomme, in jeder Branche gibt es Fachkräftemangel.“ Hoffnung auf eine schnelle Lösung des Problems machte er nicht. „Zaubern können wir nicht“, sagte er. red Seite 5

## ► Kommentar

## Versorger sind die neuen Banken

Wenn große Energieunternehmen zu kollabieren drohen, muss der Staat sie retten – gegen Bedingungen.

Von Thorsten Knuf

In Politik und Wirtschaft wird in diesen Wochen wieder häufig an das Lehman-Debakel erinnert. Im Jahr 2008 war die US-Investmentbank Lehman Brothers kollabiert und brachte zahlreiche Kreditinstitute ins Wanken, die die Staaten mit gigantischen Milliardensummen retten mussten.

Nun werden Parallelen dazu gezogen wegen der stark reduzierten Gaslieferungen nach Deutschland im Zuge von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der Energiekonzern Uniper, hierzulande der größte Gashändler, ist in Schieflage geraten und bittet den Staat um Hilfe. Die Regierungskoalition in Berlin ändert unter Hochdruck das Energiesicherungsgesetz. Unter anderem soll ein Staatseinstieg bei Energieunternehmen möglich werden. Fällt Uniper um, könnten Stadtwerke und Regionalversorger folgen. Es geht um die Sicherheit der deutschen Energieversorgung insgesamt.

So gesehen sind große Energieunternehmen die neuen Banken. Man muss sie nicht mögen. Aber sie sind systemrelevant. Der Staat kann gar nicht anders, als sie notfalls zu retten. Es müssen aber klare Regeln gelten. Steigt der Staat ein, muss er sich auch wieder zurückziehen und seine Anteile möglichst gewinnbringend am Markt veräußern, sobald die Umstände das zulassen. Und: Hilfen gibt es nur gegen die Zusage, dass das Unternehmen so schnell wie möglich die fossilen Energien hinter sich lässt und sich ganz der Energiewende verschreibt.

## ► Heute



25°  
14°

## ► Morgen



22°  
12°

Heute wird es wieder überwiegend sonnig und niederschlagsfrei. Morgen von Norden Bewölkung, örtlich Schauer.

► Rätzel Seite 26  
► Börse Seite 12  
► Fernsehen Seite 26  
► Wetter Seite 25



## Stadt will Bauherrin werden

In Esslingen fehlt es massiv an bezahlbarem Wohnraum. Die Stadt sucht nach einer möglichst aktiven eigenen Rolle im Wohnungsbau. / Seite 15

## ► Esslingen

## Neckaruferpark in der Warteschleife



Foto: Roberto Bulgrin

Seit mehr als zwei Jahrzehnten wartet man in Esslingen darauf, ein kleines Erholungsgebiet am Neckarufer zwischen Bahnhofunterführung und Roßneckarmündung einrichten zu können. Nach jahrelangem Stillstand ging es zuletzt voran – Anfang diesen Jahres sollten die Arbeiten für den Neckaruferpark endlich starten. Doch daraus wurde nichts: Das Projekt hängt jetzt wieder in der Warteschleife. Seite 16

## Viele Bürger im Land schnallen den Gürtel bereits enger

Eine neue Umfrage der Südwestverlage belegt: Die meisten Baden-Württemberger üben wegen der hohen Inflation Konsumverzicht – und die Zukunftssorgen wachsen insgesamt.

Von Rainer Pörtner

Die meisten Bürger in Baden-Württemberg fühlen sich durch die aktuellen Preissteigerungen stark belastet. Viele schränken sich bereits deutlich ein und üben Konsumverzicht, um die Folgen der Inflation für sich persönlich abzufedern. Dies sind zwei zentrale Erkenntnisse des neuen BaWü-Checks, einer Untersuchung des Allensbach-Instituts im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage.

70 Prozent der befragten Baden-Württemberger sagen, dass sie die gestiegenen Preise als starke oder sogar sehr starke Belastung empfinden. Davon nehmen 24 Prozent die Inflation als besonders gravierend wahr.

Auch wenn die Preissteigerungen nahezu jeder spürt, ist die persönliche Betroffenheit sehr unterschiedlich: In den unteren Einkommensgruppen fühlen sich 82 Prozent sehr stark oder stark belastet, in den höheren Einkommensgruppen deutlich weniger – nämlich 56 Prozent.

Als besondere Zumutung empfindet die Bevölkerung offenkundig die höheren Kosten für Benzin, Strom, Lebensmittel und Heizenergie. Entsprechend versucht ein Großteil der Baden-Württemberger, gerade hier sparsamer zu sein. 53 Prozent der Menschen im Land schränken sich derzeit beim Autofahren ein, um auf diese Weise Sprit zu sparen. 51 Prozent haben ihre Restaurantbesuche reduziert, 48 Prozent schränken sich beim Kauf von Kleidung ein, 44 Prozent beim

Urlaub und 43 Prozent beim Kauf von Lebensmitteln. Ebenso viele drosseln ihren Stromverbrauch oder unternehmen weniger in ihrer Freizeit.

Im Juni stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland um 7,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Mai hatte die Inflationsrate bei 7,9 Prozent gelegen. Möglicherweise haben staatliche Maßnahmen wie der Tankrabatt und das Neun-Euro-Ticket einen weiteren Anstieg der Inflation verhindert. Die Experten rechnen aber auf längere Sicht mit hohen Inflationsraten. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte am Montag eine konzentrierte Aktion von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern gestartet, mit der die schädlichen Wirkungen der Inflation abgemildert werden sollen. Seiten 2 und 6

## Staat will angeschlagenen Energieversorgern helfen

Das Energiesicherungsgesetz soll geändert werden. Ziel sei es mit Blick auf den Winter, die „grundlegende Versorgung aufrechtzuerhalten“.

Das Bundeskabinett hat Änderungen am Energiesicherungsgesetz beschlossen. Die Gasversorgung im Fall sich verschärfender Bedingungen soll gesichert werden. „Die Lage am Gasmarkt ist angespannt, und wir können eine Verschlechterung der Situation leider nicht ausschließen“, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Es gehe darum, im Winter die „grundlegende Versorgung aufrechtzuerhalten und die Energiemärkte so lange es geht am Laufen zu halten“. Der Bundestag soll sich nun mit der Gesetzesänderung befassen.

Vorgesehen ist zum einen ein Schutzschirm für Energiefirmen, die der kritischen Infrastruktur zugerechnet werden – dazu sollen Stabilisierungsmaßnahmen bis hin zum Einstieg des Staates vereinfacht werden. Zum anderen soll es Energieversorgern entlang der Lieferkette, die von hohen Prei-

sen betroffen sind, ermöglicht werden, die hohen Preise weiterzugeben. Es gibt bereits einen solchen Preismechanismus im Energiesicherungsgesetz, nun soll es auch einen Umlagemechanismus geben, bei dem die Mehrkosten für die Ersatzbeschaffung von Gas über eine Umlage auf alle Gaskunden verteilt werden. Beide Mechanismen zur Preispassung seien „scharfe Schwerter“ und Instrumente, „die wir noch nicht nutzen wollen“, sagte Habeck. Mit der Gesetzesnovelle wird aber die Voraussetzung geschaffen, sie einzusetzen.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) warnt vor Folgen von Gasmangel im Winter für Arbeitnehmer. Er gehe davon aus, dass zahlreiche Unternehmen, die Gas für ihre Produktion brauchen, dann ihren Betrieb einstellen müssten. „Da geht es im Ernstfall um Tausende von Arbeitsplätzen“. AFP/dpa Seite 9

## Kretschmann pocht auf Polizeistudie

Der Ministerpräsident will klären lassen, ob der Personalrat der Polizei die Untersuchung blockieren kann.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) will das Veto der Polizei im Südwesten gegen die bundesweite Studie zu „Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag“ von Polizisten nicht hinnehmen. „Wir wollen, dass diese Studie gemacht wird“, sagte Kretschmann. Er wolle klären lassen, ob der Hauptpersonalrat der Polizei tatsächlich die Möglichkeit habe, die Teilnahme der Beschäftigten der Polizei an der Studie zu blockieren. Der Hauptpersonalrat wehrt sich dagegen, dass ein Online-Fragebogen der Deutschen Polizeihochschule an die Dienststellen verteilt wird. Die Deutsche Polizeigewerkschaft hält das Veto für nachvollziehbar. Der Hauptpersonalrat sei nicht dazu da, den Willen der Politik zu exekutieren, sagte Gewerkschaftschef Rainer Wendt. dpa

## ► Kreis Esslingen

## Probetrieb wird streng beobachtet

Gespalten bleiben die Kommunen im Kreis auch nach dem knappen Ja der Fluglärmkommission zur neuen Flugroute in Richtung Süden. Die Gegner wollen den Probetrieb, der am 23. Februar 2023 starten soll, nun sehr genau und kritisch beobachten. Die Bürgerinitiativen, die 15.000 Unterschriften gesammelt haben, hätten sich einen Kompromiss gewünscht. Seite 17

## ► Sport

## Die neue Einteilung gefällt nicht allen



Foto: Herbert Rudel

Im Fußballbezirk Neckar/Fils sind die A- und B-Ligen für die nächste Saison neu eingeteilt worden. Während man sich beim VfB Reichenbach und beim TV Hochdorf über die Rückkehr in die Esslinger Staffeln freut, ist die Stimmungslage in Wolfschlugen eine andere: Dem TSV gehen Derbys verloren, ganz so, wie das beim VfB und beim TVH in den vergangenen Runden der Fall war. Seite 21

## ► Esslingen

## Der Nervenkitzel fährt immer mit

Von wegen Boxenstopp. Der Rennstall der Hochschule Esslingen möchte in der neuen Saison durchstarten und bei der Formula Student Gas geben. Fünf Rennen stehen an. Doch Schnelligkeit allein und der Tiger im Tank sind nicht entscheidend. Bisher stehen die Esslinger Studierenden bei den Verbrennern auf Platz Eins in der Welt – und sie würden die Spitze gerne verteidigen. Seite 20